

P.

Schröder

Louise

Signatur

Datum

15999-0001 000

Die Welt (Hamburg)

№ 54

8. Mai 1947

Louise Schröder vorläufig statt Ostrowski

Von unserem Berichterstatter

O. v. H. Berlin, 7. Mai



Durch das Ausbleiben einer Entscheidung der Alliierten Kommandatur über den Rücktritt des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Ostrowski ist nicht über eine Stellvertretung, sondern über einen Statthalterplatz für längere Zeit Beschluß zu fassen.

Diesen Standpunkt hat am Dienstag die CDU-Fraktion des Stadtparlaments eingenommen. Hierdurch ist bereits entschieden, daß in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag die Bürgermeisterin Louise Schröder (SPD) die Geschäfte des Oberbürgermeisters übernehmen wird.

Seitens der SED wurde versichert, daß ihre Fraktion ebenfalls für Frau Louise Schröder stimmen werde. Diese Stellungnahme wurde mit der Notwendigkeit der Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien begründet. Die Fraktion der LDP beschloß, nicht dafür zu stimmen, daß die Stellvertretung des Oberbürgermeisters der SPD zufällt, da nach Auffassung der LDP auch im vorliegenden Fall kein Anlaß besteht, von der Abmachung abzuweichen, die Stellvertretung der zweitstärksten Fraktion zuzusprechen.

15 9 9 9 - 0002 000

Die Welt (Hamburg)

Nr. 151

20. Dez. 47

Nr. vom

Louise Schröder war nicht dabei

Berlin, 19. Dezember (Eig. Ber.)

Wie die „Berliner Zeitung“ mitteilt, trifft die Meldung, daß Frau Oberbürgermeister Louise Schröder (Berlin) an dem Empfang des Deutschen Städtetages durch die Vorsitzenden des Zweimächtekontrollamtes am Mittwoch teilgenommen habe, nicht zu. Sie habe keine Kenntnis von derartigen Besprechungen gehabt.

15999-0004 000

Schröder
Louise

Hamburger Echo

№ 26

- 1. Apr. 1947

Louise Schröder

Zum 60. Geburtstag der Vorkämpferin
für die Rechte der Frau

Louise Schröder, Bürgermeisterin in Berlin, feiert am 2. April ihren sechzigsten Geburtstag. Wir nehmen diesen Tag zum Anlaß, der langjährigen verdienstvollen sozialistischen Kämpferin zu huldigen. Seit 1919 Mitglied der Nationalversammlung und später ununterbrochen Mitglied des Deutschen Reichstages bis 1933, gehört Louise Schröder zu jenen Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei, deren Leben sich in der Arbeit für die Gemeinschaft erfüllt.

Schon in jungen Jahren nahm Louise Schröder einen Anteil an der sozialdemokratischen Be-



Louise Schröder

Photo: Schirner

wegung. Während des ersten Weltkrieges gehörte sie dem Vorstand des Ortsvereins Altona der SPD an. In Altona und Schleswig-Holstein war sie dann auch in den folgenden Jahren vornehmlich tätig. Als Leiterin des Altonaer Fürsorgeamtes entfaltete sie eine segensreiche Tätigkeit in der öffentlichen Fürsorge. In der Nationalversammlung und im Reichstag erwarb sie sich weit über den Rahmen ihrer Partei hinaus allgemeine Anerkennung als Spezialistin der sozialpolitischen Probleme und Wohlfahrtsfragen.

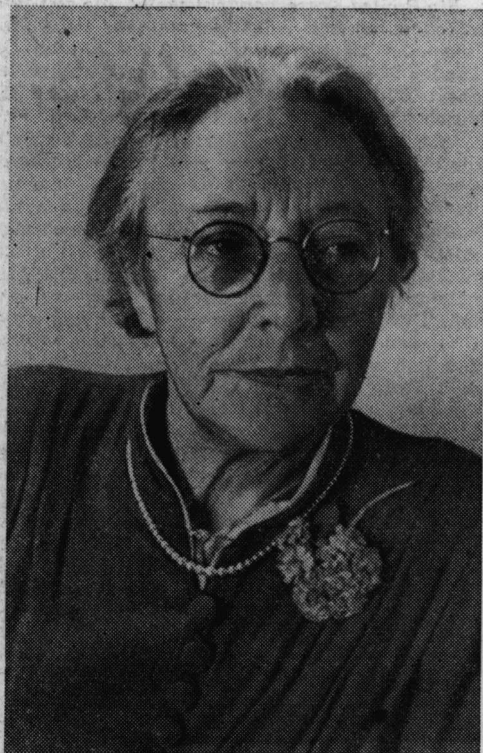
Mit dem Jahre 1933 begann auch für Louise Schröder unter dem Naziregime eine schwere Zeit. Arbeitslosigkeit, Polizeiaufsicht und jahrelanger Boykott gegen die Gründung einer wirtschaftlichen Existenz kennzeichnen diesen Lebensabschnitt. Nach dem Zusammenbruch des Naziregimes wurde Louise Schröder sofort in den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Berlins gewählt, wohin sie während der Nazizeit übersiedelte. Gleichzeitig wurde sie zur Leiterin der Berliner Arbeiterwohlfahrt berufen. 1946 erfolgte ihre Wahl zum Bürgermeister; sie ist damit der erste weibliche Bürgermeister, der in Berlin amtiert.

Der Lebensweg Louise Schröders ist ein Stück Geschichte sozialdemokratischer Frauenbewegung. Möge es ihr vergönnt sein, noch lange segensreich im Dienste der sozialen und politischen Frauenarbeit wirken zu können.

L. Schroeder
15999-0005 *Louis*
000
Die Neue Zeitung
München

№ 39

16. Mai 1947



Louise Schroeder, geschäftsführender Oberbürgermeister von Berlin, wird im Juni zur Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder nach München kommen. Aus ihrer sozialpolitischen Erfahrung und den Erlebnissen des letzten Winters wird sie aktiv und positiv an den Beratungen teilnehmen können. (Aufnahme: Pressestelle der Stadt Berlin.)

15999-0006000

The Times (London)

50991 10.Feb.48
Nr. vom

"THE MOTHER OF BERLIN"

FROM OUR OWN CORRESPONDENT

BERLIN, FEB. 9

Frau Schroeder, the acting chief burgomaster of Berlin, is slowly recovering from a threatened attack of appendicitis, and hopes to take up her duties again soon. Meanwhile she is conducting her official business from her sick room.

Frau Schroeder is affectionately known to the citizens as "the mother of Berlin," and she enjoys the esteem of all the political parties and of the four occupying Powers. Her determination to share the life of the ordinary Berliner has retarded her recovery, for her ration card as a citizen does not provide the diet she requires and she refuses to accept any privileges.

Schröder
P. Louise

Die Welt (Hamburg)

54

8. Mai 1948

Nr. vom

Berlin. — Louise Schröder scheidet aus. Die bisherige stellvertretende Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der SPD, Frau Louise Schröder, will nicht mehr als Mitglied des Parteipräsidiums kandidieren, um sich ganz ihren Aufgaben als amtierende Oberbürgermeisterin Berlins widmen zu können.

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Schmidt
P. Schmidt

15999-0008 000

Die Welt (Hamburg)

Nr. 54 vom 8. Mai 1948

Stuttgart. — Sekretärin Hitlers Mitläuferin. Christa Schröder, eine ehemalige Sekretärin Adolf Hitlers, wurde von der Spruchkammer des Interniertenlagers Ludwigsburg in einer zweiten Verhandlung in die Gruppe 4 der Mitläufer eingereiht. Sie stand bereits im Dezember 1947 vor der Spruchkammer, die sie zu drei Jahren Arbeitslager und in die Gruppe 1 der Hauptschuldigen einstufte. Dieser Spruch wurde aber zugunsten der Betroffenen vom Ministerium für politische Befreiung kassiert.

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

15 999 11 0009 000

Signatur

Schröder
P. Louise

Die Welt (Hamburg)

Nr. **64** vom **3. Juni 1948**

Berlin. — Schweizer Einladung für
Louise Schröder. (Eig. Ber.) Zu einer vom
9. bis 14. Juni stattfindenden Konferenz
schweizerischer, französischer und deut-
scher Kommunalpolitiker hat der Berner
Schriftstellerverein die amtierende Ober-
bürgermeisterin von Berlin, Frau Louise
Schröder, eingeladen.

15999 40010 000

Hamburger Echo

Nr. 30

vom

13. April 1948

In einer Unterredung mit Frau Schröder Fragen anzuschneiden, die heute auch weite Teile unserer Leserschaft interessieren. Wir geben das Interview nachstehend wieder, wobei zu bemerken ist, daß sich wesentliche Gedankengänge mit der Ansprache decken, die die Oberbürgermeisterin vor den Delegierten des Sozialdemokratischen Parteitag gehalten hat.

HE, Hamburg, 12. April. Am Sonntag wollte in Hamburg die geschäftsführende Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schröder. Als Frau, die mit den Geschichen Hamburgs jahrzehntelang auf das engste verbunden war, ließ Frau Schröder es sich nicht nehmen, dem Parteitag der Landesorganisation Hamburg der Sozialdemokratischen Partei einen Besuch abzustatten. Unserem A. Pk.-Redaktionsmitglied war es möglich,

Berlin — Symbol des Kampfes um das Recht

Unser Redaktionsmitglied begann das Gespräch mit folgenden Worten:

Sie werden es mir nicht verübeln, Frau Oberbürgermeisterin, daß ich das Glück fest beim Schopfe nehme, nachdem es mir und unseren Lesern die Oberbürgermeisterin von Berlin sozusagen direkt vor die Feder geführt hat. Berlin, heute die Stadt deutschen Schicksals, und an seiner Spitze eine Frau — diese Frau! Nein, wehren Sie nicht ab, Frau Oberbürgermeisterin, die Politik gibt uns so wenig Gelegenheit, auch einmal das Gefühl sprechen zu lassen, den Ausdruck tiefer Verbundenheit. Bitte, gestatten Sie mir daher, daß ich Ihnen sage, daß wir als Deutsche stolz sind auf Berlin — und als Hamburger nicht minder auf die Frau, die es so mutig führt.

Wenn ich Sie nun fragen darf, Frau Oberbürgermeisterin, wie spielt sich das Leben in Berlin nach den Ereignissen der letzten Wochen ab?

Antwort: Ich danke Ihnen für die gute Meinung. Und ich kann Ihnen nur sagen, daß ich noch oft an die Zeit zurückdenke, wo ich fast allwöchentlich zwischen Berlin und Hamburg hin und her gefahren bin. Ich weiß, daß alles, was in Berlin geschieht, auch Sie tief bewegt. Vielleicht — ich werde es so ausdrücken — mehr als uns selber, die wir es durchgemacht haben. Denn es war doch die große Sorge, voneinander abgeschnitten zu werden, und ein paar Tage schien es, als ob sogar die Sektoren Berlins voneinander getrennt werden sollten.

Frage: Ihr Amt in Berlin, Frau Oberbürgermeisterin, ist ungeheuer kompliziert. Sie haben es mit vier Besatzungsmächten zu tun, ist das nicht außerordentlich erschwerend oder sogar hinderlich für das Leben in der Millionenstadt?

Antwort: Es ist keine Frage, daß die Einrichtung der Allierten Kommandantur die Verwaltung Berlins ungemein kompliziert, weil alle vier Kommandanten einig sein müssen, ehe eine Maßnahme in Kraft treten kann, aber wir legen größten Wert darauf, mit jeder der vier Besatzungsmächte gut auszukommen, denn Politik, besonders Politik im Raume des heutigen Berlins, bedeutet im wahren Sinne des Wortes „Die Kunst des Möglichen“. Wenn ich Ihnen ein Beispiel nennen darf: Wir haben in Berlin ein Gesetz für die Sozialisierung ausgearbeitet, es liegt bei der Alliierten Kommandantur und kommt nicht vorwärts. Ähnlich steht es mit vielen anderen Dingen aus, und in anderen Ländern Deutschlands nicht minder. Da heißt es endlich, den Besatzungsmächten klarzumachen: diese Fragen müssen geregelt werden.

Frage: Sie sagten vorhin, daß es ein paar Tage schien, als ob sogar die Sektoren Berlins auseinandergerissen werden würden. Ist das jetzt anders geworden?

Antwort: Während zwei Tagen war die Kontrolle zwischen dem russischen und den anderen Sektoren so scharf durchgeführt, daß kein Lastwagen unbehindert passieren konnte. Am Morgen des dritten Tages hörten wir aber, daß das Ganze nur ein Irrtum gewesen sei. Es war auch richtig, daß kein schriftlicher Befehl vorlag, aber ebenso richtig ist es gewesen, daß unsere Bezirksbürgermeister ihren Auftrag hatten, in jedem der acht sowjetischen Bezirke Berlins die Wagen anzuhalten und dafür zu sorgen, daß keine Waren herauskamen. Wir sind nur froh, daß es sich nur um einen Irrtum gehandelt hat.

Frage: Wie ist es mit der Versorgung Berlins bestellt?

Antwort: Wenn man im übrigen Deutschland die Befürchtung gehegt hat, Berlin würde nun dem Hungertod preisgegeben sein, so ist das bisher nicht der Fall, und ich hoffe, es wird auch nicht der Fall sein. Aber der Verkehr zwischen Berlin und den übrigen Zonen ist ganz außerordentlich erschwert. Der Berliner will arbeiten, und will die Waren, die er bekommt, durch seine Arbeit bezahlen, und wenn der Export aus Berlin nicht funktioniert, so ist es selbstverständlich, daß eines Tages auch das Gegenteil eintritt, nämlich, daß der Import stocken müßte.

Frage: Wir befinden uns hier auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Landesorganisation Hamburg und durch Ihren Besuch haben Sie gewiß auch ausdrücken wollen, daß Sie sich als Glied dieser großen sozialistischen Gemeinschaft fühlen?

sagen. Mein Herz gehört immer noch Hamburg, aber meine Pflicht erfülle ich in Berlin. Ich bin also keine Berlinerin, aber in diesen Jahren, besonders in diesem Jahr, in dem mich das Schicksal an die Spitze Berlins gestellt hat, habe ich einen ungeheuren Respekt vor den Berlinern bekommen. Ich bin stolz darauf, mit diesen Berlinern zusammenzustehen — in der schwersten Zeit, die Deutschland und Berlin durchzumachen haben.

Frage: Wir wissen, daß die Sozialdemokratische Partei gerade in Berlin auf Vorposten steht. Wie hält sich dort die Partei?

Antwort: Es sind ja erst zwei Jahre her, daß die Sozialdemokratische Partei, die eben erst im Aufbau begriffen war, in Berlin zerstört worden ist. Wieder einmal standen wir buchstäblich vor dem Nichts. Wenn ich an jene Tage vor zwei Jahren denke, als wir in einen Raum gingen, in dem wir keine Stühle, keine Schreibtische, keine Fensterscheiben und kein Telefon hatten, als wir dastanden, ohne einen Pfennig Geld, und als wir begannen, aus dem Nichts die Partei neu aufzubauen — und wenn ich bedenke, daß wir sechs Monate später, fast eine Million Stimmen in Berlin bekamen! Nun, ich glaube das ist ein Werk, das in der Welt einzig dasteht. Daß es nicht etwa nur ein Scheinerfolg war, das hat uns das letzte Jahr gezeigt.

Frage: Aber ist es nicht auch bei Ihnen so, daß die Verhältnisse oft schwerer wiegen als die Tat?

Antwort: Gewiß: Wir haben von dem Programm, das wir den Berlinern am 20. Oktober vorlegten, nur einen Teil erfüllen können, und niemand leidet mehr darunter als wir, die wir heute in der Verwaltung stehen. Es ist doch schrecklich, daß wir immer noch nicht jedem Berliner wenigstens ein Paar Schuhe geben können, daß wir nicht in der Lage sind, wie es im letzten Winter der Fall war, das notwendige Heizmaterial auszuteilen; und schmerzlich ist es uns, und mir besonders, daß unsere Jugend zugrunde geht, weil wir sie nicht richtig ernähren können. Aber trotz allem, die Berliner haben ihr Vertrauen zur SPD nicht verloren. Sie wissen, daß es nicht unsere Schuld ist, daß wir unser Programm bisher nicht erfüllen konnten. Und Sie wissen, daß es um mehr geht, als um das tägliche Brot. Wir brauchen das tägliche Brot um zu leben; wir brauchen die Freiheit um zu atmen. Das haben die Berliner begriffen, und es ist mein tiefster Wunsch, daß das ganz Deutschland begreifen möchte.

Frage: Was können wir, die wir außerhalb dieses Kampfbereichs Berlin stehen, tun, um den Berlinern zu beweisen, daß Sie nicht allein dastehen?

Antwort: Es ist mein größter Wunsch, daß alle Deutschen, daß insbesondere aber auch alle Sozialdemokraten im Westen, fühlen möchten, Berlin ist nicht nur die einstige Hauptstadt Deutschlands. Berlin hat durch seine Haltung sich das Recht und den Anspruch erworben, auch die Reichshauptstadt Gesamtdeutschlands zu bleiben. Möge man begreifen, daß, wenn Berlin verlorengehe, ganz Deutschland in Gefahr wäre. Und ich habe es am vorigen Sonntag auf dem Internationalen Frauentag gesagt: Wenn Deutschland in Gefahr geriete oder verlorengehe, dann ist es um ganz Europa geschehen.

Frage: Sie gehen jetzt wieder an die Arbeit, Frau Oberbürgermeisterin. Unsere heißen Wünsche für Sie und die Stadt Berlin begleiten Sie. Glauben Sie, daß Sie es schaffen werden?

Antwort: Im Grunde ist unser Kampf überall der gleiche. Es geht um die Frage, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Es geht darum, daß sich dieser Sieg nicht gegen die Menschheit, sondern für die Menschheit auswirkt. Es sind ja viele unter euch, mit denen ich zusammenstand vor fünfzehn Jahren, mit denen ich vierzehn Jahre lang den Kampf geführt habe, um die Republik zu einer sozialistischen zu gestalten. Wir sind uns damals bewußt gewesen, daß wir unser Ziel nur erreichen könnten im internationalen Sozialismus. Wir haben uns für unsere internationale Überzeugung beschimpfen lassen, müssen und wir wissen heute, wie richtig unsere Überzeugung gewesen ist. Heute gilt es, die Grundlagen für den internationalen Sozialismus zu schaffen. Und darum gilt mein Ruf nicht nur den Gesinnungsfreun-

HE. Hamburg, 12. April. Am Sonntag wollte in Hamburg die geschäftsführende Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schröder. Als Frau, die mit den Geschicken Hamburgs jahrzehntelang auf das engste verbunden war, ließ Frau Schröder es sich nicht nehmen, dem Parteitag der Landesorganisation Hamburg der Sozialdemokratischen Partei einen Besuch abzustatten. Unserem A. Pk.-Redaktionsmitglied war es möglich, in einer Unterredung mit Frau Schröder Fragen anzuschneiden, die heute auch viele Teile unserer Leserschaft interessieren. Wir geben das Interview nachstehend wieder, wobei zu bemerken ist, daß sich wesentliche Gedankengänge mit der Ansprache decken, die die Oberbürgermeisterin vor den Delegierten des Sozialdemokratischen Parteitags gehalten hat.

Berlin — Symbol des Kampfes um das Recht

Unser Redaktionsmitglied begann das Gespräch mit folgenden Worten:

Sie werden es mir nicht verübeln, Frau Oberbürgermeisterin, daß ich das Glück fest beim Schopfe nehme, nachdem es mir und unseren Lesern die Oberbürgermeisterin von Berlin sozusagen direkt vor die Feder geführt hat. Berlin, heute die Stadt deutschen Schicksals, und an seiner Spitze eine Frau — diese Frau! Nein, wehren Sie nicht ab, Frau Oberbürgermeisterin, die Politik gibt uns so wenig Gelegenheit, auch einmal das Gefühl sprechen zu lassen, den Ausdruck tiefer Verbundenheit. Bitte, gestatten Sie mir daher, daß ich Ihnen sage, daß wir als Deutsche stolz sind auf Berlin — und als Hamburger nicht minder auf die Frau, die es so mutig führt.

Wenn ich Sie nun fragen darf, Frau Oberbürgermeisterin, wie spielt sich das Leben in Berlin nach den Ereignissen der letzten Wochen ab?

Antwort: Ich danke Ihnen für die gute Meinung. Und ich kann Ihnen nur sagen, daß ich noch oft an die Zeit zurückdenke, wo ich fast allwöchentlich zwischen Berlin und Hamburg hin und her gefahren bin. Ich weiß, daß alles, was in Berlin geschieht, auch Sie tief bewegt. Vielleicht — ich werde es so ausdrücken — mehr als uns selber, die wir es durchgemacht haben. Denn es war doch die große Sorge, voneinander abgeschnitten zu werden, und ein paar Tage schien es, als ob sogar die Sektoren Berlins voneinander getrennt werden sollten.

Frage: Ihr Amt in Berlin, Frau Oberbürgermeisterin, ist ungeheuer kompliziert. Sie haben es mit vier Besatzungsmächten zu tun, ist das nicht außerordentlich erschwerend oder sogar hinderlich für das Leben in der Millionenstadt?

Antwort: Es ist keine Frage, daß die Einrichtung der Alliierten Kommandantur die Verwaltung Berlins ungemein kompliziert, weil alle vier Kommandanten einig sein müssen, ehe eine Maßnahme in Kraft treten kann, aber wir legen größten Wert darauf, mit jeder der vier Besatzungsmächte gut auszukommen, denn Politik, besonders Politik im Räume des heutigen Berlins, bedeutet im wahrsten Sinne des Wortes „Die Kunst des Möglichen“. Wenn ich Ihnen ein Beispiel nennen darf: Wir haben in Berlin ein Gesetz für die Sozialisierung ausgearbeitet, es liegt bei der Alliierten Kommandantur und kommt nicht vorwärts. Ähnlich steht es mit vielen anderen Dingen aus, und in anderen Ländern Deutschlands nicht minder. Da heißt es endlich, den Besatzungsmächten klarzumachen: diese Fragen müssen geregelt werden.

Frage: Sie sagten vorhin, daß es ein paar Tage schien, als ob sogar die Sektoren Berlins auseinandergerissen werden würden. Ist das jetzt anders geworden?

Antwort: Während zwei Tagen war die Kontrolle zwischen dem russischen und den anderen Sektoren so scharf durchgeführt, daß kein Lastwagen unbehelligt passieren konnte. Am Morgen des dritten Tages hörten wir aber, daß das Ganze nur ein Irrtum gewesen sei. Es war auch richtig, daß kein schriftlicher Befehl vorlag, aber ebenso

richtig ist es gewesen, daß unsere Bezirksbürgermeister ihren Auftrag hatten, in jedem der acht sowjetischen Bezirke Berlins die Wagen anzuhalten und dafür zu sorgen, daß keine Waren herauskamen. Wir sind nur froh, daß es sich nur um einen Irrtum gehandelt hat.

Frage: Wie ist es mit der Versorgung Berlins bestellt?

Antwort: Wenn man im übrigen Deutschland die Befürchtung gehegt hat, Berlin würde nun dem Hungertod preisgegeben sein, so ist das bisher nicht der Fall, und ich hoffe, es wird auch nicht der Fall sein. Aber der Verkehr zwischen Berlin und den übrigen Zonen ist ganz außerordentlich erschwert. Der Berliner will arbeiten, und will die Waren, die er bekommt, durch seine Arbeit bezahlen, und wenn der Export aus Berlin nicht funktioniert, so ist es selbstverständlich, daß eines Tages auch das Gegenteil eintritt, nämlich, daß der Import stocken müßte.

Frage: Wir befinden uns hier auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Landesorganisation Hamburg und durch Ihren Besuch haben Sie gewiß auch ausdrücken wollen, daß Sie sich als Glied dieser großen sozialistischen Gemeinschaft fühlen?

Antwort: Sie haben Recht, der Zufall will es, daß ich heute aus Familiengründen ein paar Stunden in Hamburg bin, und als Jack Meitmann mich aufforderte, zum Parteitag der Sozialdemokraten in Hamburg zu kommen, wäre es mir ungeheuer schwer geworden, „nein“ zu

sagen. Mein Herz gehört immer noch Hamburg, aber meine Pflicht erfülle ich in Berlin. Ich bin also keine Berlinerin, aber in diesen Jahren, besonders in diesem Jahr, in dem mich das Schicksal an die Spitze Berlins gestellt hat, habe ich einen ungeheuren Respekt vor den Berlinern bekommen. Ich bin stolz darauf, mit diesen Berlinern zusammenzustehen — in der schwersten Zeit, die Deutschland und Berlin durchzumachen haben.

Frage: Wir wissen, daß die Sozialdemokratische Partei gerade in Berlin auf Vorposten steht. Wie hält sich dort die Partei?

Antwort: Es sind ja erst zwei Jahre her, daß die Sozialdemokratische Partei, die eben erst im Aufbau begriffen war, in Berlin zerstört worden ist. Wieder einmal standen wir buchstäblich vor dem Nichts. Wenn ich an jene Tage vor zwei Jahren denke, als wir in einen Raum gingen, in dem wir keine Stühle, keine Schreibtische, keine Fensterscheiben und kein Telefon hatten, als wir dastanden, ohne einen Pfennig Geld, und als wir begannen, aus dem Nichts die Partei neu aufzubauen — und wenn ich bedenke, daß wir sechs Monate später fast eine Million Stimmen in Berlin bekamen! Nun, ich glaube das ist ein Werk, das in der Welt einzig dasteht. Daß es nicht etwa nur ein Scheinerfolg war, das hat uns das letzte Jahr gezeigt.

Frage: Aber ist es nicht auch bei Ihnen so, daß die Verhältnisse oft schwerer wiegen als die Tat?

Antwort: Gewiß: Wir haben von dem Programm, das wir den Berlinern am 20. Oktober vorlegten, nur einen Teil erfüllen können, und niemand leidet mehr darunter als wir, die wir heute in der Verwaltung stehen. Es ist doch schrecklich, daß wir immer noch nicht jedem Berliner wenigstens ein Paar Schuhe geben können, daß wir nicht in der Lage sind, wie es im letzten Winter der Fall war, das notwendige Heizmaterial auszuteilen; und schmerzhaft ist es uns, und mir besonders, daß unsere Jugend zugrunde geht, weil wir sie nicht richtig ernähren können. Aber trotz allem, die Berliner haben ihr Vertrauen zur SPD nicht verloren. Sie wissen, daß es nicht unsere Schuld ist, daß wir unser Programm bisher nicht erfüllen konnten. Und Sie wissen, daß es um mehr geht, als um das tägliche Brot. Wir brauchen das tägliche Brot um zu leben; wir brauchen die Freiheit um zu atmen. Das haben die Berliner begriffen, und es ist mein tiefster Wunsch, daß das ganz Deutschland begreifen möchte.

Frage: Was können wir, die wir außerhalb dieses Kampfbereichs Berlin stehen, tun, um den Berlinern zu beweisen, daß Sie nicht allein dastehen?

Antwort: Es ist mein größter Wunsch, daß alle Deutschen, daß insbesondere aber auch alle Sozialdemokraten im Westen, fühlen möchten, Berlin ist nicht nur die einstige Hauptstadt Deutschlands. Berlin hat durch seine Haltung sich das Recht und den Anspruch erworben, auch die Reichshauptstadt Gesamtdeutschlands zu bleiben. Möge man begreifen, daß, wenn Berlin verlorengehe, ganz Deutschland in Gefahr wäre. Und ich habe es am vorigen Sonntag auf dem Internationalen Frauentag gesagt: Wenn Deutschland in Gefahr geriete oder verlorengehe, dann ist es um ganz Europa geschehen.

Frage: Sie gehen jetzt wieder an die Arbeit, Frau Oberbürgermeisterin. Unsere heißen Wünsche für Sie und die Stadt Berlin begleiten Sie. Glauben Sie, daß Sie es schaffen werden?

Antwort: Im Grunde ist unser Kampf überall der gleiche. Es geht um die Frage, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Es geht darum, daß sich dieser Sieg nicht gegen die Menschheit, sondern für die Menschheit auswirkt. Es sind ja viele unter euch, mit denen ich zusammenstand vor fünfzehn Jahren, mit denen ich vierzehn Jahre lang den Kampf geführt habe, um die Republik zu einer sozialistischen zu gestalten. Wir sind uns damals bewußt gewesen, daß wir unser Ziel nur erreichen könnten im internationalen Sozialismus. Wir haben uns für unsere internationale Überzeugung beschimpfen lassen müssen und wir wissen heute, wie richtig unsere Überzeugung gewesen ist. Heute gilt es, die Grundlagen für den internationalen Sozialismus zu schaffen. Und darum gilt mein Ruf nicht nur den Gesinnungsfreunden in Deutschland, sondern er eilt über die Grenzen hinaus und wendet sich an alle Freunde der Demokratie, der Freiheit und der sozialistischen Menschheitsideale der ganzen Welt. Das Bewußtsein, nicht allein zu stehen in diesem Kampf, wird auch den Berlinern neuen Glauben und neue Hoffnung geben.

15999-0011 000

Hamburger Echo

Nr. 124

Louise-Schroeder-Straße

Die Bernadotte-Straße hätten wir ja nun. Wie wäre es, wenn bei der Umbenennung von Straßen eine Straße nach Louise Schroeder benannt würde? Im allgemeinen wird ja wohl gefordert, daß die Anwärter für Straßennamen zumindest tot sein müssen. Diese Frau auf einem Männerposten ist aber wohl schon in die Geschichte eingegangen und die Berliner würden sich sicher über das gegebene Beispiel freuen.

Heyne, Hamburg-Altona

Frankfurt will Berlin helfen

Vordringliche Versorgung geplant - Die deutschen Städte fordern Besatzungsstatut

HM. Frankfurt, 20. Mai (Eigenbericht).

„Ich gehe beglückt aus Frankfurt fort“, erklärte die geschäftsführende Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schroeder, am Donnerstag in Frankfurt, „Die Frankfurter Veranstaltungen haben gezeigt, wie stark das Interesse für Berlin ist, und ich hoffe, daß auch die Schwierigkeiten für Berlin überwunden werden.“

Der hoffnungsfreudige Ausspruch der Berliner Oberbürgermeisterin bezog sich vornehmlich auf einen Ausschuß des Wirtschaftsrates, der auf Initiative des Vizepräsidenten des Wirtschaftsrates, Gustav Dahrendorf, gegründet worden ist. Er soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Doppelzone mit Berlin vertiefen. Die eigentlichen Aufgaben würden jedoch erst nach einer westdeutschen Währungsreform beginnen, erklärte Dahrendorf im Anschluß an die erste Sitzung dieses Ausschusses, auf der er zum Vorsitzenden und Dr. Erich Köhler zu seinem Stellvertreter gewählt wurde.

Auf jeden Fall dürfe die Zusammenarbeit zwischen Berlin und der Doppelzone aber keine platonische Angelegenheit werden.

Die Stellung Berlins im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms sowie die Versorgung der Stadt Berlin mit Lebensmitteln, Kohle und Konsumgütern soll vordringlich in den Arbeitsplan des Ausschusses aufgenommen werden. Verhandlungen über die Möglichkeit zusätzlicher Lieferungen nach Berlin, die die Stadt mit bisher dort noch nicht vorhandenen Waren versorgen soll, würden in enger Zusammenarbeit mit den Ländern erfolgen.

Der Wirtschaftsratsausschuß für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Berlin stellt somit eine Einrichtung dar, die in eindeutiger Weise betont, daß Berlin in wahren Sinne die Hauptstadt Deutschlands bleibt.

Jedes Opfer, das möglicherweise gebracht werden müßte, ist gering, gemessen an der Tragweite des Objektes. Die Delegation aus Berlin, an der neben Frau Louise Schroeder namhafte Stadtverordnete und Dezernenten der Stadtverwaltung Berlins beteiligt waren, konnte somit mit Recht die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß die Doppelzone, vertreten durch den Wirtschaftsrat in Frankfurt, sich nicht nur mit leeren Worten begnügt, sondern daß er auch zu Taten bereit ist.

Die Aufgaben der Städte

Ein weiteres bedeutendes Ereignis anläßlich der Jahrhundertfeier in Frankfurt war der Deutsche Städtetag, der am Donnerstag in der Frankfurter Paulskirche zu seiner ersten Hauptversammlung nach 1930 zusammentrat. 150 Delegierte aus der vereinigten anglo-amerikanischen Zone, aus der französischen und der sowjetischen Zone sowie Berlins waren erschienen. Als Bekenntnis zur deutschen Einheit und als Zeichen für die enge Verbundenheit mit Berlin wählte der Deutsche Städtetag auf Vorschlag des Oberdirektors des Wirtschaftsrates Frau Louise Schroeder einstimmig zur Präsidentin. Zugleich sei dieser Beschluß eine Anerkennung und Ermutigung für die tapfere Berliner Bevölkerung im Kampfe um die deutsche Einheit.

Die Probleme, mit denen alle deutschen Städte zu ringen haben, kamen auf der Tagung zum Ausdruck. Das Ziel sei, die Städte und Gemeinden zu fruchtbringender Arbeit anzuregen, erklärte Oberbürgermeister Dr. h. c. Kolb, denn ein Versagen der Gemeinden müßte zu einem Zusammenbruch des gesamten Staates führen.

Bald würden die Städte ihre weitere Bewährungsprobe zu bestehen haben, nämlich dann,

wenn die Währungsreform durchgeführt worden sei.

Immer wieder betonten die Oberhäupter der deutschen Städte, daß ihnen ausreichende Vollmachten und Funktionen gegeben werden müßten, damit sie ihre Aufgaben auch wirklich in fruchtbringender Weise durchführen könnten. Insbesondere sei es notwendig, die Grenzen der Befugnisse gegenüber den Besatzungsmächten klar zu umreißen. Oberbürgermeister Jacobi, Iserlohn, forderte in diesem Zusammenhang die Abgrenzung der kommunalen Rechte und Pflichten hinsichtlich der Besatzungskosten. Er führte als Beispiel an, daß Hamburg täglich über eine Million RM Besatzungskosten tragen müsse. Zur Beschlagnahme von Wohnraum erklärte Jacobi, daß die deutschen Stellen in dieser Beziehung völlig abhängig seien, weil die Beschlagnahmen durch die Besatzungsmächte erfolgten.

„Seht, was geleistet ist!“

Der Hamburger Bürgermeister Max Brauer würdigte die geschichtlichen Leistungen der deutschen Städte. „Geht in die deutschen Städte“, rief der Bürgermeister unter Beifall der Versammelten aus, „und seht selbst, was geleistet worden ist unter Verhältnissen, bei denen andere zugrunde gegangen wären!“ Als eine der wesentlichsten Aufgaben der Selbstverwaltung sehe er die Notwendigkeit, Millionen deutscher Arbeitskräfte für die kommende Arbeit zu mobilisieren. Er warnte jedoch vor einer Verlagerung bisheriger Verwaltungsaufgaben auf die Interessenverbände, weil sie sich unheilvoll auswirken müßten. Man zerschläge dadurch zwar Kartelle und Syndikate, aber man würde auf diesem Wege neue Organisationen schaffen, die in ihren Auswirkungen noch fürchterlicher werden könnten als die zerstörten.

*Schröder
Louise*

Signatur:

*Schröder
Louise*

Datum: 3. 0. Aug. 1948

Die Welt (Hamburg)

Nr. 100 vom 23. Aug. 1948

Operation Louise Schröders

Hamburg, 25. August (Eig. Ber.)

In einem Sonderflugzeug traf am Mittwochabend die amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, Frau Louise Schröder, in Begleitung ihrer Hausärztin in Hamburg ein, um sich im Altonaer Krankenhaus einer Magenoperation zu unterziehen. Zu ihrem Empfang hatte sich Bürgermeister Brauer eingefunden. Frau Schröder erklärte nach ihrer Ankunft einem Vertreter der „Welt“, sie hoffe, in einiger Zeit wiederhergestellt zu sein und dann nach Berlin zurückzukehren. Bürgermeister Dr. Friedensburg hatte bereits vor einiger Zeit die Vertretung Frau Schröders übernommen.

Signatur: *Schröder Louise*

Datum: 3. 0. Aug 1948

Hamb. Allgemeine Zeitung
Nr. 74

15999-0014 000

Louise Schröder weist Gerüchte zurück

Berlins Bürgermeisterin, Frau Louise Schröder, die seit Mittwoch im Altonaer Krankenhaus zur Beobachtung liegt, erklärte am Sonntag einem DPD-Vertreter, daß sie sobald wie möglich nach Berlin zurückkehren werde. Frau Schröder dementierte damit die Meldung einer Berliner Zeitung, daß sie beabsichtige, in Hamburg zu bleiben.

Frau Schröder leidet nach der Erklärung eines behandelnden Arztes an einem Magengeschwür im Anfangsstadium. Die Ärzte sind sich noch nicht schlüssig, ob sie operieren müssen. Eine Magenoperation im Alter der Patientin ist, so wird betont, nicht ungefährlich. Frau Louise Schröder kann keine Besuche empfangen. Nur Bürgermeister Brauer sucht die Patientin fast täglich auf.

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

15999-0015000

Signatur

*P. Schroeder
Louise*

Hamburger Echo

Nr. **80** vom **26. Aug. 1948**

Louise Schroeder in Hamburger Krankenhaus

Die Berliner Oberbürgermeisterin Frau Louise Schroeder ist gestern im Flugzeug in Hamburg eingetroffen, um sich im Altonaer Krankenhaus einer Magenoperation zu unterziehen.

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

*Schröder
P. Louise*

15999-0016-000

Hamb. Allgemeine Zeitung

73 - 27. Aug. 1948

Nr. vom

Louise Schröder krank in Hamburg

Frau Louise Schröder, die tapfere amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, der für ihre Haltung bei der Erfüllung ihrer Aufgabe für die ehemalige Reichshauptstadt Bewunderung aus der ganzen Welt entgegengebracht wird, mußte ihre Arbeit wegen eines Magenleidens unterbrechen. Am Mittwoch flog sie über die Luftbrücke in ihre Heimatstadt Hamburg und begab sich ins Altonaer Krankenhaus. Nach Mitteilung des leitenden Krankenhausdirektors, Prof. Dr. Aschenbrenner, steht noch nicht fest, ob eine Operation notwendig ist. Vorläufig steht die Patientin unter Beobachtung. Berlin und Hamburg wünschen der Erkrankten von Herzen baldige Genesung. Ihre Vertretung in Berlin hat Bürgermeister Friedensburg übernommen. „Paßt mir inzwischen auf Berlin auf!“ rief Frau Schröder bei ihrem Abflug den Berlinern zu.

Signatur: *P Schröder*
Louise

Datum: 8. Sep. 1948

15999-0017 000

Hamb. Allgemeine Zeitung

Nr. 78

Louise Schröder weiter in Hamburg

In einer gemeinsamen Beratung zwischen Professor Aschenbrenner, der die Berliner Oberbürgermeisterin Frau Louise Schröder im Altonaer Krankenhaus behandelt und Dr. Mischel, dem Berliner Arzt der Oberbürgermeisterin, wurde festgestellt, daß in Anbetracht eines neu hinzugetretenen Herzleidens vorläufig von der geplanten Magenoperation Abstand genommen werden muß. Frau Schröder wird deshalb voraussichtlich längere Zeit in ihrer Heimatstadt Hamburg bleiben müssen.

Signatur:

Schroeder
Louise

Datum:

25. Sept. 1948

15999 100/18 000

Hamburger Echo

Nr. 93

Louise Schroeder auf dem Wege der Besserung

dpd Hamburg, 24. September

Der Gesundheitszustand der Berliner Oberbürgermeisterin, Frau Louise Schroeder hat sich nach Mitteilung des ärztlichen Direktors des Altonaer Krankenhauses vom Freitag gebessert. Eine Röntgenaufnahme hat gezeigt, daß das Magengeschwür der Patientin zurückgegangen ist. Ob wegen der Herzmuskelerkrankung eine Operation notwendig sein wird, soll eine 14tägige Beobachtung und eine erneute Untersuchung ergeben.

15999-0019 000

Schröder
Signatur: *P. Louise*
Datum: 11. Okt. 1948

Hambg. Allgemeine Zeitung

92

Auf dem Wege der Besserung

Die amtierende Berliner Oberbürgermeisterin, Frau Louise Schröder, bestätigte, daß sie im ersten Drittel des November nach Berlin zurückzukehren hoffe, vorausgesetzt, daß die Röntgenaufnahmen Anfang der übernächsten Woche ein günstigeres Bild ergeben und die Herzbeschwerden sich bessern.

Der Gesundheitszustand von Frau Louise Schröder hat sich nach einer Darlegung des ärztlichen Direktors des Altonaer Krankenhauses, in dem die Patientin sich seit Ende August zur Behandlung befindet, weiter gebessert. Die Ärzte hoffen, Frau Louise Schröder in etwa drei Wochen aus ihrer Behandlung entlassen zu können.

15999-0020 000

Signatur:

Datum:

Schröder
Louise
22. Okt. 1948

Hamb Allgemeine Zeitung

Nr 97

Louise Schröder nach Nauheim

Herzkur der Berliner Oberbürgermeisterin

Frau Louise Schröder, deren Befinden sich soweit gebessert hat, daß sie aus der stationären Behandlung entlassen werden konnte, ist am Donnerstag von Hamburg nach Bad Nauheim zu einer Kur abgereist. Die amtierende Berliner Oberbürgermeisterin befand sich seit Ende August wegen eines Magenleidens und einer Herzmuskellähmung zur Behandlung im Altonaer Krankenhaus. Über die Dauer ihres Kuraufenthalts wird nach Mitteilung des behandelnden Hamburger Arztes, Professor Dr. Aschenbrenner eine nochmalige Untersuchung in Bad Nauheim entscheiden.

*Schröder
Louise*

18. Nov. 1948

15999 10021 000

Die Welt (Hamburg)

Nr. 136

Louise Schröder kehrt nach Berlin zurück

dpd. Frankfurt a. M., 17. November

Frau Louise Schröder, die sich gegenwärtig zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit in Bad Nauheim aufhält, wird voraussichtlich nächste Woche zur Wiederaufnahme ihrer Amtsgeschäfte als Oberbürgermeister nach Berlin zurückkehren.

15999-0022 000

Signatur:

Schröder
Louise

Datum: 26. Nov. 1948

Hamb. Allgemeine Zeitung

Nº 110

Berlin, 26. 11. (dpd). Der Berliner Oberbürgermeister, Frau Louise Schröder, traf am Dienstag aus Bad Nauheim auf dem Berliner Flugplatz Tempelhof ein.

Schroeder
Louise

15. Jan. 1949

15999-10023 000

Hamburger Echo

Nr. 6

Louise Schroeder bleibt Reuters Stellvertreter

Bei den Besprechungen zwischen der SPD, CDU und LDP wurde bereits eine völlige Einigung über die Zusammensetzung des neuen Magistrats erzielt. Frau Louise Schroeder wird stellvertretender Oberbürgermeister bleiben. Dazu besetzt die SPD noch sieben weitere Stadtverordnetenstellen. Die CDU entsendet den bisherigen zweiten Bürgermeister Dr. Friedensburg und drei Stadträte. Ebenfalls wird die LDP drei Stadträte nominieren. Die der LDP zugesprochene Stelle des dritten Bürgermeisters soll vorläufig noch nicht besetzt werden.

17. Feb 1949

15999 10024 000

Die Welt (Hamburg)

Nr. 20

Berlin. — Louise Schröder schwer erkrankt. Frau Louise Schröder, Berlins stellvertretender Bürgermeister, erkrankte an einer schweren Gelbsucht.

15999-0026 000

Signatur

Schröder
P. Louise

Datum

5. Aug. 1949

Die Welt (Hamburg)

Nr. 107

**Louise Schröder
ohne Ambitionen**

Berlin, 4. August

Der Berliner Bürgermeisterin Louise Schröder (SPD), deren Name in den Diskussionen um die Person des künftigen Bundespräsidenten verschiedentlich genannt wurde, erklärte am Donnerstag, daß sie derartige Debatten nicht allzu ernst nehme. Nach ihrer Auffassung gehöre der beste Mann Deutschlands auf den Posten des Bundespräsidenten, da in der Zeit seiner Amtstätigkeit Lebensfragen des deutschen Volkes, insbesondere der Friedensvertrag, entschieden würden.

Frau Schröder beabsichtigt, ihr Amt als Berliner Bürgermeister zur Verfügung zu stellen, falls sie als Vertreterin Berlins in den Bundestag entsandt werden sollte.

(dpd—Eig. Ber.)

15999-0027 000

Signatur

Datum

5. Aug. 1949

Die Neue Zeitung (München)

Nr 108

Diskutable Idee

In letzter Zeit ist hier und da, zwar ganz unverbindlich und inoffiziell, der Gedanke ausgesprochen worden, daß der künftige Präsident der Bundesrepublik Deutschland eine Frau sein sollte, nämlich Louise Schröder. Gerade heute, da Ton und Taktik des Wahlkampfes auch in Deutschland gutgesinnten Kreisen des Auslandes Bedenken wegen seiner künftigen politischen Entwicklung wachgerufen haben, ist eine solche Diskussion geeignet, diesen Eindruck zu mildern. Denn sie macht klar, daß auch diejenigen in Deutschland nicht untätig sind, die sich ehrlich und ernsthaft um neue Wege für die künftige deutsche Politik bemühen. Es ist bemerkenswert, daß auch Schweizer Blätter bereits diese Idee aufgegriffen und zustimmend kommentiert haben.

Louise, so nennen sie die Berliner, deren Interessen sie in den schlimmen Krisentagen als amtierende Oberbürgermeisterin mit Erfolg verteidigte, spricht für sich selbst: sie könnte, das ist keine Frage, mit ihrer gewinnenden Herzlichkeit und natürlichen Vermittlungskunst eine wahre Landesmutter sein. Die Wahl einer Frau zum Präsidenten des deutschen Bundesstaates wäre ein sichtbarer Ausdruck der Verwirklichung jener Gleichberechtigung, die der Frau im Grundgesetz zugesagt ist. Sie würde aber reizvolle Ausblicke in die Zukunft eröffnen. Denn es ist vorstellbar, daß dadurch die politische Aktivität der Frau in der ganzen demokratischen Welt einen erheblichen Antrieb erfahren würde.

Falls es sich bewährte, dürfte dieses Beispiel auf Nachahmung rechnen. Wer optimistisch ist, könnte darin den ersten Schritt zu einer von allen ersehnten friedlichen Welt erblicken; denn schwer ist vorstellbar, daß Frauenhände unterschrieben, was Not und Tod im Gefolge haben könnte. Wer aber weniger optimistisch, sondern realer denkt, hofft zumindest als nicht unwesentliche Begleiterscheinung einer solchen Wahl auf eine Besserung des politischen Umgangstones in Deutschland selbst, die gerade im Augenblick vielen als wünschenswert erscheint. Schließlich ist schon die bloße Tatsache, daß, wo noch vor kurzem der unbedingte Gehorsam vor der Obrigkeit herrschte, heute eine nicht kleine Schar von Bürgern vorhanden ist, die eine Frau zum Stabschef erhoben sehen möchte, ein Zeichen, daß alle, die guten Willens sind, ohne Ansehen der Nation hoffen heißt.

Nichts wäre sinnfälliger für die erhoffte oder vielleicht schon eingetretene Wandlung Deutschlands, als daß an ihrem Beginn eine Frau stünde, nachdem das Ende der deutschen Demokratie von dem Bild eines Generalfeldmarschalls beherrscht wurde. Freilich, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und eine Präsidentin noch keine Demokratie. Aber immerhin, es wäre ein Schritt auf dem Wege.

15999-0028 000

Signatur.....

Datum.....

*Schröder
Louise*
5. Aug. 1949

Die Neue Zeitung (München)

Nr 108

Diskussion um Louise Schröder

Berlin, 4. August (DPD). — Zu den Diskussionen um die Wahl des zukünftigen Bundespräsidenten, in denen auch der Name der Berliner Bürgermeisterin, Frau Louise Schröder (SPD), genannt wurde, sagte Frau Schröder einem DPD-Vertreter, sie nehme derartige Diskussionen nicht allzu ernst. Nach ihrer Auffassung gehöre der beste Mann Deutschlands auf den Posten des Bundespräsidenten.

Wie verlautet, beabsichtigt Louise Schröder, ihr Amt als Berliner Bürgermeister und Stellvertreterin des Oberbürgermeisters niederzulegen, falls sie als Vertreterin Berlins in den Bundestag entsandt wird.



Louise Schröder

15999 J 0029 000

Schroeder
P. Louise
Signatur
Datum 6. Aug. 1949

Hamburger Echo

Nr. 92

Louise Schroeder bleibt

Kl. Berlin, 6. August (Eigenbericht).

„Frau Louise Schroeder beabsichtigt, alle ihre Ämter in Berlin niederzulegen, um nach dem Westen übersiedeln.“ Zu dieser von dem sowjetisch lizenzierten Nachrichtenbüro ADN verbreiteten Nachricht, erklärt die Berliner Bürgermeisterin, daß sie gar nicht daran denke, Berlin zu verlassen, auch dann nicht, wenn sie einen Sitz im Bundesparlament erhalten sollte. In jedem Fall werde sie Berliner Stadtverordnete bleiben. Zu der aus Westdeutschland stammenden Anregung, sie zur Bundespräsidentin zu wählen, sagte Frau Schroeder, nach ihrer Meinung soll der tüchtigste Mann deutscher Bundespräsident werden.

15999-0030 000

Rhein - Neckar - Zeitung

Heidelberg

Nr 179

Gespräch mit Frau Louise Schröder

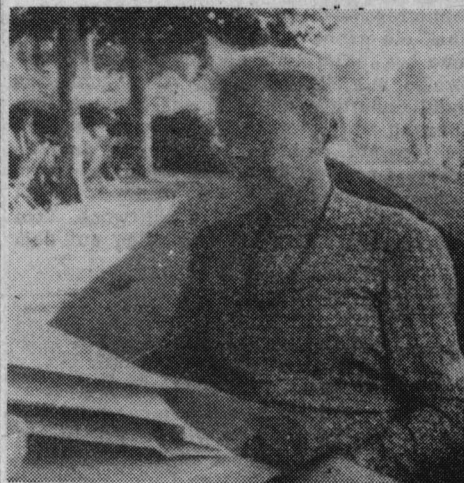
Berlin braucht Kredite und Aufträge

Frau Louise Schröder, die grau-blonde, bewegliche und immer freundliche amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, verbringt ihre zehn Urlaubstage in der Umgebung von Heidelberg. Sie verschaffte sich durch ihre selbstlose Arbeit im In- und Auslande Ansehen und Respekt, wie er selten einer Frau in Deutschland zuteil wird. Frau Louise Schröder, die „von Männern gewählte“ Oberbürgermeisterin, weiß mit Männern umzugehen. Sie verbindet eine sehr bestimmte und zugleich bescheidene Haltung mit einer spürbaren fraulichen Güte — Eigenschaften, die sich in vielen Verhandlungen als wertvoll zeigten. Eine mit so viel Verantwortung und Arbeit belastete Persönlichkeit darf in ihrem Wunsche nach Ruhe und Erholung auf Verständnis rechnen. Um so freundlicher war es von Louise Schröder, unserem Berichterstatter trotzdem eine Unterredung zu gewähren, in der sie auf die besondere und gefährdete Situation Berlins näher einging.

Frau Louise Schröder hatte unseren Leitartikel „Der Westen gehört zu Berlin“, Mittwoch-Ausgabe, gelesen und stimmte diesen Ausführungen zu. Ergänzend hierzu führte Frau Louise Schröder etwa das Folgende aus:

„Es ist wohl ganz selbstverständlich, daß alles geschehen muß, um wieder zu einem einheitlichen Berlin und Deutschland zu kommen. Leider hängt das nicht von uns, sondern, wie jeder weiß, von übergeordneten Stellen ab. Wenn die von Reuter gefor-

derten allgemeinen und freien Wahlen durchgeführt worden wären, die ja von den Russen abgelehnt wurden, hätten wir bereits am 5. Dezember die Wahlen gehabt.“ Immer müsse darauf hingewirkt werden, daß es zu dieser Wahl kommt. Das beste Mittel West-Berlin zu stärken, sei, den Unterschied zwischen dem Osten und dem Westen Berlins immer augenscheinlicher zu machen. „Dazu gehören in erster Linie Kredite und Aufträge für den Westen Berlins!“



Frau Louise Schröder

„Westdeutschland hat die Notwendigkeit einer Unterstützung Berlins während der Blockade hundertprozentig eingesehen. Damals erkannte der einfache Mann und die einfache Frau, was es bedeutete, daß keine Lebensmittel und keine Kohlen nach Berlin kamen. Die Situation ist heute anders. Alle diese Dinge kommen nach Berlin, aber ein großer Teil der Bevölkerung kann sie nicht bezahlen! Fast zehn Prozent der Arbeiter sind arbeitslos, dazu kommen die Kurzarbeiter. Weiter all' diejenigen, die keine Westmark verdienen, und deren Ostmark vom Osten her künstlich immer mehr entwertet wird.“

Diese Situation bringe eine wirtschaftliche, finanzielle und politische Gefahr mit sich, die genau so groß wie die Gefahr der Blockade sei. Es liege deshalb auch im dringendsten Interesse Westdeutschlands, neben Lohnabzug und Notpfennig West-Berlin laufend mit Aufträgen für seine Industrie und Krediten zu unterstützen.

Frau Louise Schröder kennt Heidelberg von vielen Besuchen her. Sie brachte vor 24 Jahren die Leiche Eberts mit nach Heidelberg und benutzte auch jetzt die Gelegenheit, sein Grab zu besuchen. — Wir wünschen Frau Louise Schröder, daß sie die großen Sorgen ihrer Stadt bei den Erholungstagen in Heidelbergs Umgebung etwas vergessen konnte, und daß sie sich in dem milderen und unpolitischen Klima Heidelbergs während der letzten Tage noch recht wohlfühlt. —ck—

Schröder
P Louise
Signatur
Datum 17. Sep. 1949

15999-0031 000

Die Welt (Hamburg)

Nr. 144

Louise Schröder tritt zurück

dpa. Berlin, 16. September

Die Berliner Bürgermeisterin Frau Louise Schröder, die lange Zeit die Geschäfte des Berliner Oberbürgermeisters führte, kündigte in einem Interview ihren Rücktritt an. Ihre künftige Tätigkeit als Mitglied des Bundestages werde es ihr nicht mehr erlauben, den Posten als Bürgermeister in Berlin so wie es nötig wäre auszufüllen, erklärte Frau Schröder.

Es sei nicht ihr Wunsch gewesen, in den Bundestag delegiert zu werden. Sie habe sich aber dem Beschluß des Berliner SPD-Vorstandes gefügt, der die Auffassung vertrete, sie könne in Bonn mehr als auf ihrem bisherigen Posten für Berlin erreichen. Der Zeitpunkt des Ausscheidens von Frau Schröder als Bürgermeister steht noch nicht fest.

Der Tages-Spiegel (Berlin)



Nr. 1227

Frau Schroeder wieder im Amt

Frau Bürgermeister Louise Schroeder ist aus Bonn zurückgekehrt und hat ihre Amtsgeschäfte am Montag wieder übernommen. Sie wird Oberbürgermeister Reuter vertreten, der am 6. Oktober an der Tagung des Deutschen Städtetages in Neuwied teilnehmen will. Als Nachfolger von Frau Schroeder, die wegen ihrer Tätigkeit als Berliner Abgeordnete im Bundestag von ihrem Bürgermeisterposten zurücktreten will, wird in SPD-Kreisen jetzt Dr. Paul Herz genannt. Dr. Herz, der vor 1933 Reichstagsabgeordneter war, galt als Finanzsachverständiger der SPD. Er emigrierte nach Amerika und kehrte vor kurzem, wie es hieß „zu einem längeren Besuch“, nach Berlin zurück.

*Schröder,
Louise*

24. Nov. 1949

The Manchester Guardian
№32171,

TOO MANY MEN IN
THE BUNDESRAT

Frau Schroder's Campaign

From our own Correspondent

BERLIN, NOVEMBER 22.

Frau Louise Schröder, Deputy Mayor of West Berlin, told a large and attentive audience in the British sector here this evening that it was high time the women of Germany stood up for the rights they enjoy in theory but not in practice under the Federal Constitution. Of the 410 members of the Bundesrat 380 are men; Frau Schröder, for one, considers this is too many. She also thinks that women are not being given a fair chance to fill the higher posts in the West German Civil Service.

Her party, the Social Democrats, is launching a campaign for the realisation of the women's rights in Western Germany. Frau Schröder does not favour an all-party women's organisation, but thinks that all the political parties should do more to further the interests of German women.

15999-0034 BEC

*Schröder
Louise*

Frankfurter Allgemeine

11. Feb. 1950

Nr 36

Frau Louise Schröder, der Zweite Berliner
Bürgermeister, hat eine Einladung des bri-
tischen Außenministeriums zu einer Eng-
landreise angenommen.

Der Tages-Spiegel (Berlin

Schroeder,
P Louise

-3. Mai 1950

Nr 1 4 1 1

Louise Schroeder aus England zurück

Frau Louise Schroeder ist nach einem zehntägigen Englandsaufenthalt wieder in Berlin eingetroffen. „Der Besuch war weniger der Besuch einer Frau bei Frauen als der eines Bürgermeisters der Stadt Berlin bei der Stadt London“, sagte sie laut dpa. Der Besuch hätte auch dann nicht anders sein können, wenn Berlin schon heute die Hauptstadt Deutschlands gewesen wäre. Obwohl es dem Londoner sehr schwer falle, die Berliner Verhältnisse zu verstehen, habe man den Problemen der Stadt großes Interesse entgegengebracht und die Leistungen der „Großstadt der Demokratie“ anerkannt. Abschließend sagte Frau Schroeder, der künftige britische Oberkommissar in Deutschland, Kirkpatrick, habe versichert, er werde nach seinem Amtsantritt Anfang Juli zuerst Berlin besuchen. Der Lordmayor von London, den sie nach Berlin eingeladen habe, habe seinen Besuch zugesagt.